



Offener Brief an die Koalitionspartner SPD und GRÜNE

Sehr geehrter Herr Scholz, sehr geehrte Frau Fegebank,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Ihnen auf Ihrem Weg zu einer soliden und gut abgestimmten Koalition unsere Wünsche für ein „besseres Klima“ in Hamburg übersenden!

Hamburg ist eine wirtschaftlich prosperierende Stadt. Das zeigt nicht zuletzt ein Haushaltsüberschuss von 422 Mio Euro. Gerade dann sollten Armut und wachsende soziale Ungleichheit aber nicht als „Normalität“ hingegenommen werden. Jedoch sind in der Vergangenheit die Mittel vieler öffentlicher Einrichtungen und freie Träger mit Verweis auf die Schuldenbremse deutlich gekürzt worden.

Bevor nun weiterhin der komplette Haushaltsüberschuss für den Schuldenabbau verwandt wird, sollten die Defizite bei sozialen Einrichtungen, kulturellen Projekten sowie in der Kinder- und Jugendarbeit, in Schulen und Hochschulen beseitigt werden. Denn die engagierte Arbeit in diesen Bereichen ist die Grundlage für ein würdiges soziales Zusammenleben in dieser Stadt – heute und in der Zukunft.

Deshalb muss sie zukünftig finanziell besser ausgestattet werden, um der sozialen Spaltung in Hamburg entgegenzuwirken.

Die untenstehenden Ausführungen über die soziale Schieflage sollen unsere Forderungen nach Verbesserungen stützen:

- Die Tarifsteigerungen bei Trägern wurden nicht refinanziert, dies führt bereits jetzt in Einzelfällen zu Stellenabbau und Tariffucht.
- Viele freie Träger sind stark unterfinanziert und können erforderliche Eigenmittel zum Erhalt der Einrichtung nicht mehr aufbringen.
- Es fehlt nicht nur an ausfinanzierten Personalkosten, es fehlt auch an ausreichenden Mitteln im Sachkostenbereich.
- Einrichtungen mussten schließen, bzw. waren gezwungen Personal abzubauen.
- Planstellen wurden in der Not durch Bundesfreiwilligendienstleistende, Studenten und Ehrenamtliche „ersetzt“.
- Die Belastung der Mitarbeitenden nimmt zu und beeinträchtigt deren Arbeit und teilweise auch deren Gesundheit.
- Die Steuerung von Einrichtungen über knappe Etats und behördlich vorgegebene Kennzahlen spiegeln somit nicht den Bedarf wider, sondern nur die Beschränkung der Mittel.
- Standardabsenkungen und Einschränkungen der Leistungsangebote sind die Folge. Hilfsbedürftige arme und obdachlose Menschen können nicht beraten und versorgt werden.
- Angebote im Suchthilfebereich müssen kürzungsbedingt eingeschränkt werden. So entstehen lange Wartezeiten und eine Unterversorgung für Menschen in Notlagen, und auch für deren Familien.
- Die Unterversorgung hat eine Verschlimmerung der Situation der Betroffenen zur Folge. Sie werden kränker und arbeitsunfähiger. Dies hat auch eine Verschiebung der Kosten auf andere Träger wie Jobcenter, Krankenkassen, Rentenversicherungen zur Folge.
- Im Kita- und Krippenbereich sind die vereinbarten Verbesserungen schneller umzusetzen.
- Im Kinder- und Jugendbereich wurden Sachkosten stark zusammengestrichen, so dass täglich ein Budget von nur wenigen Euro zur Verfügung steht.

- Begleitungen der Jugendlichen zu Behörden und anderen Stellen sind oft nicht mehr durchführbar.
 - Fürsorge- und Koordinationsaufgaben sind in den letzten Jahren im Kinder- und Jugendbereich immer stärker angewachsen, ohne personellen Ausgleich zu schaffen.
-
- Die Bemühungen um Inklusion werden durch fortgesetzte Mangelfinanzierung unterlaufen.
 - Die Verzahnung von Vor- und Nachmittag in der Ganztagsbetreuung muss solide finanziert werden.
 - Kürzungen bei den Hochschulen behindern die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung in der Wissenschaft, z.B. durch die Drittmittelabhängigkeit in der Forschung und den Abbau von Studienplätzen, und führen zu einem riesigen Investitionsstau bei den Gebäuden.
 - Die erreichten Verbesserungen im Bereich „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ müssen verlässlich und ohne Stellenabbau umgesetzt werden.
-
- Die bezirkliche Seniorenarbeit wurde eingeschränkt und muss zu einer wirklich aufsuchenden Seniorenarbeit weiterentwickelt werden.
 - Der Senat sollte sich über seine Möglichkeiten dafür einsetzen, dass zukünftig Pflegeleistungen adäquat bezahlt und die Pflegekräfte tariflich honoriert werden.
 - Menschen mit Pflegebedarf benötigen ausreichende quantitative und qualitative Wahlmöglichkeiten, um die für sie passende Pflegeleistung (stationär, teilstationär, ambulant) abrufen zu können. Die Rahmenbedingungen für gute Pflege in Hamburg müssen gestärkt und verbessert werden.
-
- Im direkten öffentlichen Dienst insbesondere in den Bezirken sind mittlerweile über 30% Personal abgebaut worden, dies hat große Auswirkungen auf die bürgernahen und sozialen Bereiche.
 - Die Tarifierhöhungen werden auch im ÖD nicht ausfinanziert und entsprechend kommt es zu weiterem Personal- und Qualitätsabbau.
 - Privatisierungen und Ausgliederungen wurden in der Vergangenheit auch verstärkt in den sozialen Bereichen vorgenommen, so dass Daseinsvorsorge für die BürgerInnen immer weniger gewährleistet sein kann und Rekommunalisierung dringend erforderlich ist.

Deshalb fordern wir vom neuen Senat:

Für alle unsere Einrichtungen eine kostendeckende, verlässliche Finanzierung mit Augenmaß und Sachverstand zum Wohle aller Menschen in unserer Stadt.

Personalstellen sollen aufgestockt, steigende Betriebskosten, Mieten und Tariflöhne müssen akzeptiert und zeitnah übernommen werden.

Hamburg, den 26.März 2015

Unterzeichner:

Ambulante Hilfe Hamburg e.V., Träger der Beratungsstelle Altona;

Attac Hamburg, Sozial-AG;

Einwohnerverein St.Georg von 1987 e.V.;

GEW Hamburg;

Landes-ASten-Konferenz Hamburg;

Aktionsbündnis Professionelle Suchthilfe Hamburg (PROST);

Verbund Hamburger Frauen- und Mädcheneinrichtungen e.V.;

ver.di Hamburg Fachbereiche 6/7